



Die Präsidentin

Thüringischer Landkreistag - Postfach 900 413 - 99107 Erfurt

Thüringer Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Bodo Ramelow
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt

Datum: 14.10.2022

Aktenzeichen: 426.53---

Offener Brief

Flüchtlingskrise muss endlich zur Chefsache werden!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ramelow,

da Sie an der heutigen Präsidiumssitzung des Thüringischen Landkreistages aufgrund Ihres Aufenthalts in Chile nicht teilnehmen konnten, wende ich mich zur aktuellen Flüchtlingskrise in dieser Form an Sie. Die Landrätinnen und Landräte haben mich gebeten, bei Ihnen mit allem Nachdruck einzufordern, dass Sie die Bewältigung der Flüchtlingskrise in Thüringen endlich zur Chefsache machen! Als Ministerpräsident müssen Sie mit Ihrer Richtlinienkompetenz das zunehmende Ankunftsgeschehen der ukrainischen Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Thüringen steuern und operative Verantwortung bei der Unterbringung übernehmen. Die Landrätinnen und Landräte haben die große Sorge, dass es zu sozialen Verwerfungen kommt, wenn die Landesregierung jetzt keine Lösungen anbietet. Die Integrationsfähigkeit und der gesellschaftliche Zusammenhalt stehen auf dem Spiel! Diese Flüchtlingskrise darf nicht aus dem Ruder laufen!

Ich will betonen, dass seit März 2022 die Landkreise mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie viele ehrenamtliche Helfer unermüdlich im Einsatz sind für die menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge. Die Landkreise helfen und

leisten alles Menschenmögliche, weil es die Humanität gebietet. Allerdings haben wir jetzt keine Unterbringungskapazitäten mehr. Wir stehen mit dem Rücken an der Wand.

Das Landesverwaltungsamt hat aktuell mitgeteilt, dass in den kommenden Wochen jeweils wöchentlich rund 1.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber, die verstärkt über die Balkanroute nach Deutschland kommen, in Thüringen untergebracht werden sollen. Das ist objektiv nicht mehr leistbar. Die Unterbringungskapazitäten vor Ort sind erschöpft. Unsere Kapazitäten sind aufgebraucht. Turnhallen oder gar Zeltlager sind für die Menschen keine Lösung, wenn der Winter kommt.

Vor diesem Hintergrund weise ich mit Nachdruck darauf hin, dass die Landkreise im übertragenen Wirkungskreis für das Land tätig sind, wenn es um die Asylbewerber geht. Das Land muss also wie in den Jahren 2015 ff. auch selbst tätig werden und Unterkünfte bereitstellen, wenn die Landkreise objektiv nicht mehr können! Zwar sind die Landkreise nach dem Rechtskreiswechsel im eigenen Wirkungskreis für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge zuständig. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass generell die Unterbringungskapazitäten der Landkreise erschöpft sind. Das Land muss endlich selbst Verantwortung für die Integration der ukrainischen Kriegsflüchtlinge und die Unterbringung der Asylbewerber übernehmen

Für die Landkreise formuliere ich klare Forderungen, die von Ihnen als Ministerpräsident angegangen werden müssen:

1. Das Land muss analog zu den Jahren 2015 ff. selbst Unterkünfte zur Verfügung stellen und betreiben, damit die Landkreise von dem massiven Druck bei ukrainischen Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern entlastet werden! Ein weiter so bei der Verteilung auf die Landkreise darf und kann es nicht geben!
2. Ich erkenne an, und dies sehen die Landrätinnen und Landräte ebenso, dass die Refinanzierung durch das Land für 2022 zur vollen Zufriedenheit der Kommunen als Träger der Sozialhilfe gelöst wurde. Für 2023 brauchen wir die gleiche Regelung. Dies bedeutet, dass das Land den Landkreisen alle Mehrausgaben für ukrainische Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber zu 100% refinanzieren muss. Die Refinanzierung für 2023 muss so frühzeitig wie möglich sichergestellt werden. Die Landkreise brauchen Planungssicherheit. So lange wie 2022 darf es nicht dauern!
3. Das Land muss eine Task Force mit Arbeitsministerin, Wirtschaftsminister und den Kammern bilden und sich selbst um die ukrainischen Kriegsflüchtlinge kümmern, damit diese

schnell in Lohn und Arbeit gebracht werden können. Hierzu bedarf es einer Kraftanstrengung aller Ressorts der Landesregierung gemeinsam mit den Kammern. Die Landkreise können diese Aufgabe nicht leisten. Wir können den Übergang in die Arbeit nur unterstützen und begleiten. Mehr aber nicht!

4. Wir sehen die zwingende Notwendigkeit, dass der verstärkte Zugang von Asylbewerbern bzw. die illegale Einwanderung über die Balkanroute eingedämmt werden muss. Daher haben wir die klare Erwartungshaltung, dass Sie sich als Bundesratspräsident und Ministerpräsident des Freistaates Thüringen auf Bundesebene dafür einsetzen, dass an dieser Stelle die Situation nicht aus dem Ruder läuft! Der Bund muss sich auf europäischer Ebene für eine faire Verteilung der Geflüchteten innerhalb der EU einsetzen. Dazu gehört auch, dass auf Bundesebene über den Rechtskreiswechsel der ukrainischen Kriegsflüchtlinge nachgedacht werden muss. Durch den Rechtskreiswechsel in die deutschen sozialen Sicherungssysteme werden Anreize gesetzt, die es in anderen europäischen Ländern nicht gibt. Das führt dazu, dass verstärkt flüchtende Menschen nach Deutschland kommen und nicht in andere europäische Länder. Es macht auch überhaupt keinen Sinn, arbeitswillige Ukrainerinnen und Ukrainer über eine extrem lange Zeit in der Sozialhilfe „zu parken“, nur weil sie die deutsche Sprache nicht beherrschen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ramelow,

wir sind bei der Flüchtlingsaufnahme an einen Punkt angekommen, an dem es kippen kann, wenn die Landesregierung, deren Chef Sie sind, nicht gegensteuert. Die Landesregierung muss unverzüglich selbst Unterbringungskapazitäten für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber bereitstellen und betreiben! Diese enorme Herausforderung ist eine konkrete Aufgabe für den Ministerpräsidenten und dessen ordnende Richtlinienkompetenz. Sie müssen dafür die operative Verantwortung übernehmen und können diese nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte der einzelnen Ministerien überlassen! Die Bewältigung dieser Flüchtlingskrise mit historischen Dimensionen können Land und Kommunen nur gemeinsam bewältigen. Die primäre Aufgabe des gewählten Ministerpräsidenten ist es, sich um sein Bundesland Thüringen zu kümmern!

Mit freundlichen Grüßen


Martina Schweinsburg